

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postweg monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N. O., Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interests lesen die achtseitige, Temperaturskala oder deren Raum 1,20 Ml., Wortanzeigen das festgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Leertungszuschlag 70 Pf., bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Interests für den morgigen Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Anzeigen-Abteilung: Berlin N. O., Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9748

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gute Zeiten für Mörder.

Der Strafantrag gegen Marloh.

Nach einer empörenden Rede des Vertreters der Anklage, Kriegsgerichtsrat Meyer, in der er es sich allein angelegen sein ließ, sowohl den Angeklagten als auch vor allem Oberst Reinhard und den Hauptmann v. Kessel zu verteidigen, und besonders die beiden letzteren als reine Unschuldslämmer hinzustellen, stellte er schließlich den Antrag, Marloh zu verurteilen wegen Totschlags zu drei Jahren Gefängnis, wegen unerlaubter Entfernung zu drei Monaten Gefängnis und wegen Gebrauches einer gefälschten Urkunde zu einer Woche Gefängnis. Diese Strafen zog er zusammen und beantragte im ganzen eine Gefängnisstrafe von drei Jahren, zwei Monaten, von denen zwei Monate auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet werden sollen. Außerdem beantragt er Dienstentlassung.

Ein unwürdiges Zwischenpiel.

Obwohl die Beweisaufnahme im Marloh-Prozess am Sonnabend geschlossen wurde und sowohl vom Vorsitzenden als auch von der Verteidigung angeführt wurde, das Bild sei genügend geklärt, wurde die Beweisaufnahme am heutigen Tage von neuem eröffnet. Dies geschah zu dem Zweck, die ungeheure Schande abzuschwächen, die die bisherigen Prozesstage für das System Reinhard-Koske ergeben hatten. Es wurde der Versuch unternommen, die wirklichen Urheber des Mordes von der Verantwortung zu entlasten und dafür untergeordnete Instanzen mit der Schuld zu beladen. Dieser Versuch ist glänzend vorbeigeflogen. Aber er kennzeichnet die Methoden, die von einem Kriegsgericht geübt werden.

Zwei Beamte der Intendantur hatten die Aufgabe, den Nachfertigungsversuch zu unternehmen. Er begann damit, daß Herr Bongart über die Moral und Befähigung der Volksmarinendivision in breit angelegten Ausführungen auftrug und dabei alles heranzog, was sich seit dem 9. November in Berlin abgespielt hatte. Er konnte es dabei nicht unterlassen, von verbrecherischen Elementen und Minderern zu sprechen, mußte aber gleichzeitig zugeben, daß diese nicht die Mehrzahl bildeten, sondern daß die Volksmarine-Division auch sehr viele Idealisten und anständigen Elemente in ihren Reihen hatte.

Ueber die Mordtat selbst trugte er nur wenig zu berichten. Trotzdem behauptete er, daß für die Tat in erster Linie diejenige Stelle verantwortlich zu machen sei, die den Löhnungsbappell angefertigt hatte. Es sollte ein Sündenbock gefunden werden. Im Liebesrecht-Luxemburg-Prozess konnte man sich auf den „geistkranken“ Ränge stützen. Da sich diese Methode im Marloh-Prozess trotz aller zweifelhaften Versuche nicht wiederholen ließ, mußte ein anderer dafür herbeigeholt, und zwar glanzvoll in dem Kommandeur der Republikanischen Soldatenwehr, Herrn Max Müller, die geeignete Person gefunden zu haben.

Dieser setzte sich energisch zur Wehr. Der Vorsitzende knitt ihm leidet sehr bald das Wort ab, damit der Eindruck, den Herr Bongart mit seinen Ausführungen bei schwachen Charakteren hervorzurufen konnte, nicht abgeschwächt werde. Auch Herr Reinhard trat noch einmal als Zeuge auf, um den Unwissenden und Nichtschwändigen zu freuen. Er behauptete, nicht gewußt zu haben, daß es sich in der Französischen Straße um einen Löhnungsbappell gehandelt habe. Er hätte ihn sofort absetzen lassen. Das Scheinbar nicht allzu starke Bedauern des Vorsitzenden verhinderte es, Herrn Reinhard daran zu erinnern, daß er in seinem Befehl, den er am Abend vor der Mordtat erteilte, ausdrücklich von einem Löhnungsbappell sprach. Zugleich unternahm Herr Reinhard den unglücklichen Versuch, Herrn Kessel in Schutz zu nehmen, ihn als wichtigen Offizier zu prüfen und seine Verdienste im einzelnen hervorzuheben.

Ein groteskes Zwischenpiel. Man sah allzu deutlich, daß Regisseure am Werke waren, die die Aufgabe hatten, für das der Verachtung preisgegebene militärische System noch zu retten, was irgendwie zu retten möglich war. Der zwischen den letzten beiden Verhandlungstagen folgende Sonntag hat wohl eine gute Gelegenheit dazu, die

Kompromittierten und belasteten Personen im Schweiße ihres Angesichts arbeiten zu lassen, um einen Ausweg zu finden, die Schande von sich und ihrem System abzuwenden. Vergeblich! Es war zu spät, ein neues divisionspatriotisches Theater aufzuführen zu lassen. Das Urteil der Geschichte steht fest. Alle Wunden können es nicht, den wirklichen Verbrechern auch nur die leiseste Entlastung zu erteilen.

Noch ein Matrosenmord in den Märzlämpfen.

Die 20 Matrosen, die Marloh in der Französischen Straße bestialisch hinföhlten ließ, sind nicht die einzigen Opfer dieser Art gewesen. Wir haben schon immer darauf hingewiesen, daß im März das Tragen der Matrosenuniform einem Totschlag gleichkam. Ein neuer Beweis dafür ist ein Bild, das in der nächsten Nummer der „Freien Welt“ veröffentlicht wird. Es stellt die Erschießung von zwei unbewaffneten Matrosen in Westensee durch eine Patrouille dar. Das Bild, ein grauenhaftes Dokument der Willkür, mit der die Matrosen ermordet wurden, zeigt die Boge des Offiziers, der die Erschießung leitete. So hat, daß der Mann unbehängt erkannt und festgenommen werden kann. Wenn es der Regierung mit der Verfolgung und Abstrafung der Mörder halbwegs ernst ist, muß sie auch diese Erschießung sofort eingehend untersuchen lassen.

Wir fordern diese Untersuchung und eine öffentliche Erklärung darüber, ob und wann sie erfolgen wird.

Der Verachtung preisgegeben.

Nachstehende Resolution wurde am Freitag in der gemeinsamen Vertrauensmänner-Sitzung aller in den Brauereien tätigen Personen angenommen:

Die heute versammelten Vertrauensleute und Ausschussmitglieder der Brauereien Groß-Berlins erheben nachstehenden Protest:

In Anbetracht der Tatsache, daß nunmehr der ganzen Welt bekannt ist, wer die Urheber der Frühjahrslärchen sind (siehe Lechbour und Marloh-Prozesse), fordern wir die sofortige Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen.

Ferner fordern wir die sofortige Freilassung und Ausweisung obgenannter Urheber sowie der sich noch in Freiheit befindlichen Mordbuben. Die bisher geleistete Nachforschung geben wir der Verachtung der ganzen zivilisierten Welt preis.

„Demokratisierung“ der Einwohnerwehren.

Eduard Bernstein glaubt ein neues Mittel entdeckt zu haben, die Einwohnerwehren ihres revolutionären Charakters, der auch nach seiner Meinung besteht, zu entkleiden. Er macht in einem Artikel des „Vorwärts“ „Demokratisierung der Einwohnerwehr“ den Vorschlag, überall die Unterstellung der Einwohnerwehren unter die Gemeindevertretungen zu verlangen und zu diesem Zweck in allen Gemeinden eine Deputation, bestehend aus 9 Stadt- und 4 Magistratsmitgliedern einzusetzen. Er glaubt, daß auf diese Weise überall Sozialisten in solche Deputationen gelangen, Einfluß auf die Verfassung, Ausrüstung und Leitung der Einwohnerwehren erhalten würden und die Arbeiter vor Zulassung schützen könnten. Aber da die Bürgerlichen kaum Neigung haben werden, solche Entwürfe anzunehmen, redet Bernstein in seinem unverbesserlichen Optimismus wenigstens den Demokraten gut zu, diesen Antrag nicht mit niederzustimmen.

Die Erfahrung wird zeigen, daß Bernsteins Appell an die Einsicht der Demokraten verjagen wird und daß selbst die Annahme dieses „revolutionären“ Antrages die Einwohnerwehren nicht ihres gegenrevolutionären Charakters entkleiden würde. Der Vorschlag wird zum Gärtner gemacht und die Arbeiter als geübliche Schafe müssen mit ihrer Haut herhalten, damit Niemand daraus geschneit werden können.

Beendigung des amerikanischen Bergarbeiterstreiks.

London, 7. Dezember.

Aus Pittsburg wird gemeldet: Der Vorsitzende der Ortsgruppe der Bergarbeitergewerkschaft erklärte die Beendigung des Kohlenarbeiterstreiks. Man rechnet mit der sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit.

Die Bergleute in Grasson (West-Virginia) stimmten für die Annahme des Regierungsvorschlages, wonach eine Lohnerhöhung von 14 Prozent gewährt werden soll. Damit nahmen 10 000 Mann die Arbeit wieder auf.

Betriebsräte und Gewerkschaften.

II.

Die Gewerkschaftsbewegung ist in ihrer Entwicklung an einem Punkte angelangt, bei dem sie mit den hergebrachten Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes, die bis zum Kriege in der deutschen Arbeiterbewegung allgemein Geltung hatten, nicht mehr weiterkommt. Karl Rautsky hat schon im Jahre 1910 in seiner Broschüre „Der Weg zur Macht“ darauf hingewiesen. Er wollte schon damals darauf aufmerksam, daß machtvolle Unternehmerorganisationen den Forderungen der Gewerkschaften immer heftigeren Widerstand entgegensetzten, und daß der stärker und stärker werdende Einfluß des Kapitals auf die Staatsgewalt dazu führt, daß die Machtmittel des Klassenstaates mehr und mehr auch gegen die Gewerkschaften zur Anwendung kommen.

In der gegenwärtigen Situation tritt dieser herkömmliche Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit noch deutlicher zutage. Die Arbeiterklasse sieht sich an, die letzten Burgen der Kapitalmacht durch die revolutionäre Aktion zu brechen und den Sozialismus zum Siege zu führen, — sofern sie nicht einer falschen Führung zum Opfer fällt, die in wirtschaftlicher und politischer Kooperation mit dem Unternehmertum, in Arbeitsgemeinschaften und Koalitionsregierungen, den Klassengegensatz auszugleichen trachtet, ein utopisches Beginnen, das den Kampf der Arbeiterklasse nicht erleichtert, sondern erschwert, indem es die Arbeiterkraft spaltet und ihre Kampfkraft mindert. Die Kapitalistenklasse ist sich bewußt, daß sie den letzten Kampf um ihre Vormachtstellung kämpft, und dieses Bewußtsein stärkt ihren Widerstand. Sie behütet sich gern der opportunistischen Neigungen eines Teiles der Arbeiterführer und verbindet sich mit ihnen in den Arbeitsgemeinschaften zwecks Förderung angeblicher gemeinsamer Interessen, um den Klassengegensatz zu verwischen und den Anprall der Arbeitermassen abzuschwächen. Gegen den anderen, Klassenbewußten, revolutionären Teil der Arbeiterklasse aber wendet sich die Kapitalistenklasse mit verstärkter Heftigkeit und mit den struppellosesten Methoden. Und zahlreiche Vorgänge der jüngsten Zeit beweisen, daß sie mit Erfolg bestrebt ist, die Staatsgewalt gegen diesen Teil der Arbeiterklasse mobil zu machen.

Rautsky hat, wie gesagt, diese Entwicklung längst vorausgesehen. Sie ist durch den Krieg aufgehalten worden, um nur mit um so größerer Eile voranzukommen. Rautsky schrieb 1910, daß es den Gewerkschaften nicht gelingen werde, durch rein gewerkschaftliche Methoden das Proletariat noch einmal so mächtig vorwärts zu bringen, wie im letzten Jahrzehnt vor der Veröffentlichung seiner Schrift. Um aus der Sackgasse herauszukommen, würden sie genötigt sein, ihrerseits stärker auf die Staatsgewalt einzuwirken, was jedoch nur durch politische Methoden, durch ein inniges Verwachsen der Gewerkschaftsbewegung mit der sozialdemokratischen Partei möglich wäre. Diese Folgerung besteht heute mehr denn je zu Recht.

Dazu aber kommt ein anderes Moment. Wollen die Gewerkschaften auch in Zukunft — sie werden es noch geraume Zeit nötig haben — Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielen, dann genügt es nicht, daß sie durch größere Anteilnahme an den politischen Kämpfen die auf das Arbeitsrecht bezügliche Gesetzgebung zugunsten der Arbeiterklasse zu beeinflussen und gesetzgeberische Hindernisse aus dem Wege zu räumen suchen, die den Kampf der Arbeiterklasse hemmen sollen. Dessen bleibt die direkte Einwirkung der Gewerkschaften auf das Unternehmertum ein unentbehrliches Mittel, um das Kapital zu zersplittern an bis Lohnforderungen der Arbeiterklasse zu zwingen und im Kampfe erlangte Verbesserungen dauernd zu erhalten.

Um aber diese Aufgabe in der gegenwärtigen Situation zu erfüllen, genügen die hergebrachten Mittel der Gewerkschaftsbewegung nicht. Wollen die Gewerkschaften auf diesem Gebiete vorwärts kommen, so brauchen sie einen

Wärteren Einfluss auf die Produktions- und Betriebsgestaltung.

Dieser Einfluss verdrängen sich selbst die eingetragenen Gewerkschaftsinstanzen nicht. Sie suchen dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen durch die Verbindung, die sie mit dem Unternehmertum in den Arbeitsgemeinschaften eingehen, nur doch der Einfluss auf die Produktionsgestaltung, den sie auf diese Weise erlangen, nicht weiter reicht, als es dem Unternehmertum genehm ist, ja, daß er sich allmählich vermindert in einem Einfluß zugunsten der Wiederbelebung der Wirtschaft im Sinne des Kapitalismus. Diese Methode bringt der Arbeiterklasse keinerlei Vorteile — außer einigen mäßigen Lohnerhöhungen, die sofort durch entsprechende, ebenfalls in den Arbeitsgemeinschaften beschlossene Preiserhöhungen wettgemacht werden —, dafür aber den unerwünschten Nachteil, daß sie die Aktionsfreiheit der Arbeiterorganisationen bindet und vor allem den Kampf für den Sozialismus unmöglich macht. Ein Kind vermag zu erkennen, daß dieser Kampf nie in Verbindung mit dem Unternehmertum geführt werden kann.

Daneben fordern die offiziellen Gewerkschaften allerdings auch einen direkten Einfluss der organisierten Massen im Betrieb. Der Nürnberger Gewerkschaftskongress hat daher Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte beschlossen. Aber diese Forderungen machen den Betriebsrat zu einem ein wenig verfehlten Vorbild aus dem alten Stills, sie verweigern ihm jenseit über den Rahmen des Einzelbetriebes hinausreichende Durchdringung, wie wir sie in unseren Darlegungen über das Wesen des Betriebsrats im ersten Artikel gefordert haben. Die höheren Aufgaben der Räte, den umfassenden Einfluss auf einen größeren Produktionskreis, verlegt dieses System der offiziellen Gewerkschaftsrichtung gänzlich in die Arbeitsgemeinschaften. Hier haben die Arbeiter nicht dreizugreifen, hier entscheiden Gewerkschaftsbürokraten in Gemeinschaft mit den Unternehmern nach dem Grundsatz „eine Hand wäscht die andere“.

Was dabei herauskommt, weiß ein jeder. Daß für den Sozialismus nichts, oder auch gar nichts dabei herauskommt, daß im Gegenteil dieses ganze Instrument nur geschaffen ist, um die Arbeitsgemeinschaften der Wirtschaft zu verhindern, liegt auf der Hand.

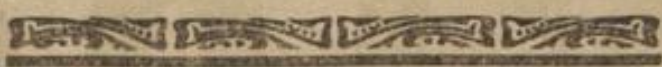
Aber auch die zum Still innewort mächtiger werdende Gewerkschaftsrichtung, die der Idee des Klassenkampfes getreu, die Gewerkschaftsorganisationen einrichten will für den Kampf um den Sozialismus, darf darüber die brennenden Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften nicht vergessen. Die Gewerkschaften müssen bei alledem das Volkswort gegen die Betelendungen des Kapitals bleiben, müssen für immer bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sorgen.

Datum muß auch die revolutionäre Gewerkschaftsrichtung — und gerade sie — Einfluss auf die Betriebs- und Produktionsgestaltung zu erlangen suchen. Sie kann diese Aufgabe aber nur erfüllen, wenn sie mit völlig ungezügelteren Kräften um ein weitreichendes Mitbestimmungsrecht kämpft, — um ein Mitbestimmungsrecht, das als erste, primitive Forderung gedacht ist, das dem Gedankenkomplex der Arbeiterbewegung angehört, um Betriebsräte, die sich bewusst als unterste Staffel der revolutionären Räteorganisation fühlen.

Dar Begründung dieser Forderungen wollen wir nur kurz andeuten, daß wir zu leicht veränderlichen Lohnskalen kommen müssen, wenn der Arbeiterschaft eine verlässliche Lebenshaltung dauernd gewährleistet werden soll. Sie sind aber nur möglich auf Grund genauer Prüfung der Kosten für die Lebenshaltung auf der einen und der Höhe des Produktionsertrages auf der anderen Seite. Soll die Arbeiterschaft dabei nicht über das Gehörte werden, so bedarf sie — nicht der „Arbeitsgemeinschaften“, in denen die Unternehmern das Produktionsgeheimnis „hüten“, indem sie es nach

Kräften verheimlichen, sondern eines weitgehenden Kontrollrechts einflussreicher Betriebsräte.

Diese neuen Forderungen und Ziele machen die Gewerkschaftsbewegung nicht zur politischen Partei und den Kampf der Gewerkschaften nicht zum politischen Kampf, d. h. zum Kampf mit politischer Parole, obwohl nicht zu verkennen ist, daß die Kämpfe um das Recht der Betriebsräte starke politische Auswirkungen



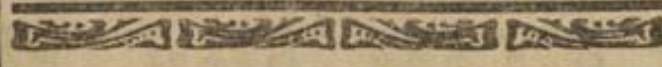
Parteigenossen!

In der Zeit der sozialen Revolution ist die sozialistische Presse das wichtigste Kampfmittel des Proletariats. An ihrem Ausbau mitzuarbeiten ist Pflicht jedes revolutionären Sozialisten.

Nur die kleine Summe von zwanzig Mark fordern wir von Euch. Aus diesen Zahlungen soll die Summe erwachsen, die zum Erwerb einer eigenen Druckerei notwendig ist.

Euer Geld ist absolut sicher!

Zeigt, daß Ihr das Vertrauen zu Eurer Zeitung besitzt! Schickt Anteilscheine der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.



zeitigen, wie wir in früheren Artikeln mehrfach betont haben. Sie müssen daher auch fernerhin von den Gewerkschaften selbstständig geführt werden, oder sie zwingen auch zur Zusammenarbeit zwischen der Gewerkschaftsbewegung und der politischen Partei des Klassenbewußten Proletariats auf dem gleichen Boden des offen erklärten Klassenkampfes. Was auch darum nötig wird, weil die stärkere Anteilnahme der Gewerkschaften an den Kämpfen des Klassenbewußten Proletariats mit der Staatsgewalt unerklärliche Voraussetzung für den weiteren Fortschritt der Gewerkschaften ist.

Aber unsere Darstellung zeigt vor allem, daß sich in dem Punkte des Kampfes um die Betriebsräte die Bestrebungen der Klassenbewußten Gewerkschaftsbewegung und der revolutionären Räteorganisation auf das innigste berühren. Das erfordert die gemeinsame Arbeit beider Organisationsformen auf Grund flüger Verständigung in kameradschaftlichem Nebeneinander, ohne daß die eine Organisationsform danach trachten darf, die für sie unerkennbaren Aufgaben der anderen zu übernehmen. Somit kommen wir zu einer Dreieinigkeit, bei der die politische Bewegung das Bindeglied zwischen Gewerkschaftsbewegung und Räteorganisation abgeben, das geistige Band, das alle umschließt, darstellen kann.

Die Einheit in der Idee und im Streben darf aber die Freiheit der einen oder anderen Organisationsform in der Aktion nicht stören. Die Gewerkschaften müssen und werden diesen Kampf um das Mitbestimmungs- und Kontrollrecht aufnehmen, oder sie werden ihn nur mit Erfolg führen, wenn sie Zeitpunkt und Methode des Kampfes nach freiem Ermessen auf Grund genauer Prüfung der gegebenen Bedingungen selbst bestimmen. Organisatorische Umstellungen der Gewerkschaften werden nötig sein, aber auch sie sind nur dann reibungslos und ohne Nachteil für die Arbeiterschaft möglich, wenn sie von innen heraus entwickelt, nicht durch äußeren Zwang herbeigeführt werden. Auch in

der Lösung der organisatorischen Fragen erfordert das gemeinsame Ziel gemeinsame Richtlinien, die in gegenseitiger Anpassung der Eigengehörigkeit eines jeden Zweiges gerecht werden.

Ist die Gemeinsamkeit der Idee gesichert und die Form einer losen organisatorischen Gemeinsamkeit gefunden, dann wird es ein leichtes sein, die Probleme der Taktik von Fall zu Fall in den großen kritischen Augenblicken des Kampfes zu lösen. Erfordert die theoretische Darstellung der Gebietsabgrenzungen scharf umrissene Linien und strenge Formulierungen, wenn Klarheit geschaffen werden soll, so daß fast der Eindruck von Gegenjahren entsteht, wo nur das Streben nach Verständigung lebendig ist, so wird die gemeinsame praktische Arbeit am gleichen Objekt die Schärfe abschwächen und alle Trennungen überwinden.

„Die deutsche Politik.“

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ unterzieht sich in ihrer Montagmorgenausgabe ein „Diplomat“ der Aufgabe, dem deutschen Volke die Abenteuerpolitik der deutschen Regierung in den auswärtigen Fragen schmackhaft zu machen. Er wendet sich gegen unseren Vorwurf der unerhöht leichtfertigen Politik, die wir der Regierung gemacht haben und entgegnet darauf: „Die unerhöht leichtfertige Politik der Regierung besteht darin, daß sie seit fast acht Wochen jeden Tag bereit ist, die der Deutschen Republik in Versailles aufgebürdeten Kosten nochmals feierlich anzuerkennen, daß sie sich aber weigert, einen neuen und wichtigsten Bestandteil des deutschen Handwerkszeugs auszuliefern und dann sich ebenso weigert, das Recht der militärischen Exekution über Friedenschluß hinaus der Entente zuzugestehen.“

Diese Darstellung ist eine Ironisierung der Offentlichkeit. Die Leichtfertigkeit der deutschen Politik besteht darin, daß sie in der Hoffnung auf amerikanische Hilfe selbst alle Verhandlungen über diese beiden Fragen abgetrieben hat und daß sie absichtlich die Frage der Auslieferung der Kriegsschiffe von neuem in die Debatte gerückt hat und dadurch das Vertrauen unserer Vertragspartner gegen unsere Vertragspartner gewärt hat. Und wenn der Herr Diplomat behauptet, die deutsche Regierung hat nie mit einer Uneinigkeit zwischen den Alliierten gerechnet, so ist er entweder sehr schlecht über die deutsche Politik informiert oder er sucht von neuem die Wahrheit zu verheimlichen. Denn ist ihm nicht bekannt, daß der verantwortliche Diplomat in der deutschen Regierung, vor der Unterzeichnung des letzten Waffenstillstandsabkommens über die Auslieferung der landwirtschaftlichen Maschinen dem Kabinett ausdrücklich die Verweigerung der Unterzeichnung angetragen hat in der Hoffnung, daß dann eine Entweilung unter den Ententemächten eintreten werde? Ist es nicht richtig, daß auch vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages sehr beachtliche Mitglieder der Regierung die Verweigerung der Unterschrift mit dem Hinweis auf eine dann entstehende Uneinigkeit unter den Alliierten gefordert haben?

Der Artikel beweist übrigens, daß die Regierung anscheinend ihre Abenteuerpolitik fortzusetzen gedenkt, denn der Herr Diplomat erklärt, daß die Regierung entschlossen sei, „weber die 400 000 Tonnen auszuliefern noch die militärische Schlüssel auf zu sanktionieren“. Und er führt in seltsam geheimnisvoller Weise fort: „Wenn alle Macht auf der andern Seite ist und das Recht auf der unsern nichts nützt, muß sie (die Regierung) also andere Gründe haben, um zu dieser verweigernden Stellungnahme zu kommen“. Wenn diese Andeutung nicht wieder heißen soll, daß man auf einen Preispost unter den Alliierten hofft, so hat die Regierung die Pflicht, der Offentlichkeit schleunigst mitzuteilen, was diese geheimnisvolle Andeutung besagen soll. Wir befürchten auch hier einen neuen Streich der abenteuerlichen Politik des auswärtigen Amtes. Das deutsche Volk hat aber ein Recht, angesichts der drohenden Gefahr von der Regierung zu fordern, daß diese es nicht einer neuen Katastrophe durch den Einmarsch der alliierten Truppen und die Besetzung des Ruhrgebiets ausliefern. Darüber herrscht bei der großen Mehrheit des deutschen Volkes Einigkeit.

Germann Offg-Gedächtnisfeier.

Eine kleine Gemeinde vereinigte sich Sonntag mittig im Schauspielhaus zur Feier für einen frühverstorbenen starken Dichter, dem jeder Dichter gedachte, aber keiner gerecht wurde, für einen Dichter, der Leben mühte ohne Lohn zu empfangen, dem man jetzt noch nicht das Seine gibt. Und er war doch ein Schöpfer von unendlichem Humor, launigen Einfällen, bizarrem Witz, grotesker Ironie, sprach seine eigene Sprache, lebte in seiner eigenen Welt, geschätzte innerlich Geistes, barg einen Schatz von Güte und Menschlichkeit, kannte das Volk und liebte es, blieb ihm jedoch ein Unbekannter. Adolf Behne sagte in seiner Gedächtnisrede über die Nachlässigkeit der Bühnenunternehmer und hoffte auf die Initiative des Volkes, das sich eines Tages seine wahren Dichter selber wählen wird, die es hören will. Tilla Durieux und Alfred Abel liegen in weiterer Prosa, alle Dichter eines schmerzigen Humors ausblühen. Lotte Rosenbaum gab empfindenen Richtigungen besetzten Ausdruck. Kasual Lange sprach mit Schwung und Wärme den letzten Akt eines Stausendramas. Carl Rämpf ergriff am Harmonium und Maria Busch verklärte mit dem dunklen Klang ihrer Stimme Lieder, welche der Komponist Krause in die Welt begleitete. — Man fühlte einen Verlust, die Tragik eines Lebens, man wurde widerstreblich dem Humor beglunnen und lachte herzlich, man dachte erstickt an die lässigsten geistlichstüchtigen Direktoren. Geht und! Hütel ihn auf!

7. Konzert der freien Volkstheater.

Die 7. Musikveranstaltung im Theater am Bülowplatz führte in das Bereich der jüngsten Schöpfungen: Max Regers Trio G-Dur op. 103 und Hans Pfitzners Trio (F-Dur op. 8. Beide Musiker sind Auswärtige, Drängende in dieser Musikgattung mehr nach Erfüllung eines neuen Ausdruckes als nach losgelöster Form. Regers Allegro moderato blüht in der Bierschichtigkeit seiner modernen Harmonik, das Allegretto beruht in der charakteristischen Dämmerlauchigkeit verhaltenen, abgedämpfter Melodien. Pfitzner, dessen hässliches Geistesvermögen von vielen als tiefes Betrübtheit wird, wohnt in seinem Jugendtraum eine unbändige, schöpferische Kraft auf. Pulsend und fortwährend im feurigen ersten Satz und noch mehr in dem ersten Schützlein, in dem einen Thema voll Mahenischer Vollstimmigkeit grüßelt sich doch schon im zweiten Satz seine verdorrte Wangenmelodie durch, die später in seinen größten Bühnenwerken zur fruchtlosen Dame erstarre. — Die Kreisvereinigung Artur Schnabel, Carl F. J. S. Anna Rosa von Hindische Belonbar...

erst kürzlich gezeichnet habe, besetzte die Liebe ihres hingebenden Spiels in den mannigfaltigen bis ins sorgsamste durcharbeiteten Feinheiten der Wiedergabe.

Auf dem 8. und 9. Konzert wird die Faust-Symphonie von Liszt aufgeführt unter Leitung von Siegward Hausberger unter Mitwirkung von Rudolf Raubenthal und des Berliner Sängerevereins (Cacilia Melodia).

Wolff Busch, der patriotische Provokant. Der edelste Weiger Adolf Busch bleibt für mich durch den unterschätzten patriotischen Aufbringer Adolf Busch, der zufällig in derselben irdischen Hülle steht, als reproduzierender Künstler völlig unberührt. — Das war eine Heldentat, Herr Professor Adolf Busch, sich so ein geistarmes Militärsapellmeisterchen wie Arnold Gabel zu dängen und unter der Maske einer dilettantischen Komposition: Variationen über den Radeky-Marsch (Uraufführung) „Deutschland, Deutschland über alles“ durch die Singakademie von den Philharmonikern posieren zu lassen. Wie beschämend, daß Sie — wie kann einer mit seiner Seele in der Musik verdingelt — diese Kunst zum Mittel einer hurrapatriotischen Demonstration vor einem überzumpelten Publikum herabgewürdigt haben. Wie wenig Anhang Ihr Feldnerkerchen fand, können Sie daraus ersehen, daß nicht einmal Ihre Anhänger mitjohlten.

An demselben Abend gelangten ein sehr melodisches und stimmungsvolles Sinfoniegedicht „Aus Eichendorffs jungen Tagen“ von Wilhelm Rämpf und drei akademische, unbedeutende Orchesterlieder von Gustav Bunde, die von Theodor Geh van der Wyl ausdruckslos und interesselos gesungen wurden, zur Aufführung. F. J. Windisch.

In der Staatsoper versuchte man es gestern mit einer Wiederbelebender Balletkunst, die dort lange schon schlief. Unter der neuen choreographischen Leitung von Heinrich Krölller, der auch ein guter Tänzer ist, tanzte man nach einem Andersen'schen Märchen „Alein Jbas Blumen“. Von Paul Menau grandios erdacht und komponiert, hätte man diesem Werkchen eine vom alten Stil losgelassene Beschwingtheit gewünscht, doch kam man ohne hervorragende Einzelleistungen schließlich zu einem farbigen Gewoge, dem Ludwig Kainer das malerische Kostüm überwarf. In den „Sichouetten“ hatte Krölller mit Unterführung des Malers Pirchan hübsche Tanzfiguren erdacht, die erst als Schattenbilder erkennbar, sich zu vollbelichteter Körperlichkeit rundeten und ohne ihren stöhnhaften Ursprung zu wahren, sich im Tanz lösten. Mit russischen und anderen Elementen vermischt, kann man hier schon von einer freien Kosebung des Balletts aus

erwarteten Formen, freilich ohne letzte Fingerfertigkeit reden. Joli-schen den Tänzen gab man als opernhafte Einlage Wolf-Ferraris bekanntes Singpiel „Susannens Geheimnis“, das einen nichtsflegenden Volkstanzschäfer von ungläubiger Harmonie mit einem reich und fein gearbeiteten musikalischen Mantel umweidet. Unter Leo Wechs Dirigentenstab ersangen Herr Siegler als Gast (mit monotoner Haltung aber weniger geflegelter Stimme) und Hl. Schwarz (in pompöser Aufmachung aber etwas getrübler Modulation) dem flott instrumentierten Konversationsstückchen einen lauten Erfolg.

In der Aufführung von „Alein Jbas Blumen“, am Dienstag, wird der Komponist des Werks, der deutsch-dänische Konker Paul von Menau seine Ballettdichtung selbst dirigieren. Die Rolle der „Reinen Jsa“ wird von Riddy Jmpelonen einwalgig zur Darstellung gebracht. — Die nächsten Pol-e-trina-Aufführungen finden am 21. und 22. d. Mts. statt.

Haenisch und die „Entschiedene Jugendbewegung“. Der Mitarbeiter für Wissenschaft, Kunst und Volkshildung schreibt uns, daß die Worte, die er gelegentlich seines Besuchs in Essen über die „Entschiedene Jugendbewegung“ sprach, mehrfach mißdeutet worden sind. Er sehe sich daher genötigt, nochmals seine Stellungnahme in ungewandelter Weise kundzugeben. Der Mitarbeiter hat dem Sinne nach erklärt: Wenn ich mich auch nicht mit allen einzelnen Forderungen und Auslassungen von Vertretern der „Entschiebenen Jugend“ einverstanden erklären kann, so verkenne ich doch die Berechtigung der Bewegung und Geisteshaltung nicht. Selbstverständlich bleibt es jedem unbenommen, diese Richtung mit geistigen Waffen zu bekämpfen. Jedessen gestöhe ich niemandem das Recht zu, seinen amtlichen Einfluss und seine amtliche Stellung dazu zu missbrauchen, der „Entschiebenen Jugend“ Schwierigkeiten in den Weg zu legen und sie an der Verbreitung ihrer Gedanken zu hindern. Jeden Bekämpfer, Schläger für ihre Angehörigkeit zur „Entschiebenen Jugend“ läßt er leiden zu lassen, werde ich mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln abenden.

Ein deutsches Theatermuseum. In Stuttgart hat sich eine Gesellschaft „Deutsches Theatermuseum“ gebildet, die den Plan beschloß, nicht nur ein Schauuseum für Bühnenkunst zu schaffen, sondern gleichzeitig auch eine Stätte der Belebung einzurichten, die dem Bühnenkünstler, dem Techniker, dem Regisseur ebenso wie dem Literaturhistoriker, die Grundlagen für Forschung und Erkenntnis im modernen Sinne darbieten soll. Will man zunächst auch nur die Bühnenkunst der deutschsprachigen Länder in den Mittelpunkt dieser neuen Museumsgründung stellen, so liegt doch die Möglichkeit jenseit vor, den Strom nach und nach internationaler Kultur zu lenken.

Das neue Aktionsprogramm der U.S.P.

Wir bringen nachfolgend das neue Aktionsprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, das auf dem Parteitag zu Leipzig unter stürmischen Beifall zur einstimmigen Annahme gelangte. Das Aktionsprogramm ist bereits im Druck erschienen und von der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft in Leipzig zu beziehen.

Die proletarische Revolution hat zwei große Epochen: den Kampf um die Eroberung der politischen Macht und ihre Behauptung für die Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessengegenstände untereinander, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern gleich. Mit der Ausdehnung der kapitalistischen Weltwirtschaft wird die Lage der Arbeiter eines Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse erfordert also den internationalen Zusammenbruch und den gemeinsamen Kampf der Arbeiter der ganzen Welt. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den Klassenbewußten Arbeitern aller Länder. Dem imperialistischen Kapitalismus steht das Klassenbewußte Proletariat aller Länder den internationalen Sozialismus entgegen.

Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat leitet die Befreiung der Arbeiterklasse ein. Zur Durchführung dieses Kampfes bedarf die Arbeiterklasse die Unabhängigen Sozialdemokratischen, die radikal auf dem Boden des revolutionären Sozialismus steht, die Gewerkschaften, die sich zum untersten proletarischen Klassenkampf bekennen und zu Kampforganisationen der sozialen Revolution umgestaltet sind, und des revolutionären Ratesystems, das die Arbeiter zum revolutionären Handeln zusammenfaßt.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei steht auf dem Boden des Ratesystems. Sie unterwirft alle Vorkämpfer, die Parteiorganisation schon vor der Eroberung der politischen Macht als proletarische Kampforganisation für den Sozialismus auszubilden und in ihr alle Hand- und Kopfarbeiter zusammenzufassen und sie zu Schulen für die Diktatur des Proletariats.

Die politische Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates wird mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zertrümmert. An ihre Stelle treten die politischen Arbeiterräte als Herrschaftsorganisation des Proletariats. Sie bewegen sich in sich Gesetzgebung und Verwaltung. Ihre Wirksamkeit bedeutet die Umwandlung und Neugestaltung des kapitalistischen staatlichen Verwaltungsapparates, einschließlich der Gemeinden; sie bedeutet aber auch die Bewirkung des Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse und ihren Zusammenbruch zwecks Abschaffung jeglicher Klassenherrschaft. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei setzt der Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates die proletarische Herrschaftsorganisation auf der Grundlage des politischen Ratesystems entgegen, dem bürgerlichen Parlament, als dem Ausdruck des Machtwillens der Bourgeoisie, den revolutionären Räteorgane. Die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie in die planmäßig sozialistische Wirtschaft erfolgt durch das wirtschaftliche Ratesystem.

Zur Überwindung des Kapitalismus und zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft sind folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Die Auflösung jedes konterrevolutionären Soldnerkorpses, Auflösung aller militärischen Jäger- und Voligeformationen, Einwohnereinheiten in Stadt und Land, Technischen Notdienste, Volkstruppen, Entlohnung des Bürgerturns und der Grundbesitzer. Errichtung einer revolutionären Wehr.
2. Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Verstaatlichung ist unverzüglich durchzuführen auf dem Gebiete des Bank- und Versicherungswesens, des Bergbaues und der Energieerzeugung — Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität —, der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, des Transport- und Verkehrswezens, sowie anderer hochentwickelter Industrien.

3. Großgrundbesitz und große Forste sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, durch Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. Urbarmachung von Ödland.

4. In den Städten und vorwiegend industriellen Gemeinden ist das Privateigentum an Grund und Boden in Gemeineigentum zu überführen; ausreichende Wohnungen sind von der Gemeinde auf eigene Rechnung herzustellen.

5. Planmäßige Regelung des Ernährungswesens.

6. Verstaatlichung des gesamten öffentlichen Gesundheitswesens.

7. Verstaatlichung aller öffentlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen. Öffentliche Einheitschule mit weltlichem Charakter. Die Schule ist nach sozialpädagogischen Grundsätzen auszugestalten, die Erziehung mit der materiellen Produktion zu verbinden.

8. Erklärung der Religion zur Privatsache. Vollige Trennung von Staat und Kirche. Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften zu privaten Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten selbständig ordnen.

9. Sozialistische Steuerpolitik durch progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer zur Verteilung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

10. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Manne gegenüber benachteiligen.

11. Einführung eines öffentlich-rechtlichen Monopols für das Anzeiger- und Werbewesen und Übertragung an die Kommunalverbände.

12. Umgestaltung des gesamten öffentlichen Rechtswesens nach sozialistischen Grundsätzen.

13. Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen. Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft.

14. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern. Sofortige Anbahnung von Bündnissen mit sozialistischen Republiken.

Die Diktatur des Proletariats ist ein revolutionäres Mittel zur Befreiung aller Klassen und Aufhebung jeder Klassenherrschaft, zur Erringung der sozialistischen Demokratie. Mit der Sicherung der sozialistischen Gesellschaft über die Diktatur des Proletariats auf, und die sozialistische Demokratie kommt zur vollen Entfaltung.

Die Organisation der sozialistischen Gesellschaft erfolgt nach dem Ratesystem. In der sozialistischen Gesellschaft kommt auch das Ratesystem in seinem tiefsten Sinn zur höchsten Geltung. Der tiefste Sinn des Ratesystems ist, daß der Arbeiter, der Träger der Wirtschaft, die Erzeuger des gesellschaftlichen Reichtums, die Förderer der Kultur, auch die verantwortlichen Träger aller rechtlichen Einrichtungen und politischen Gewalten sein müssen.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei planmäßig und systematisch gemeinsam mit den revolutionären Gewerkschaften und der proletarischen Parteiorganisation aller politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfsmittel. Das vornehmste und entscheidende Kampfmittel ist die Aktion der Masse. Sie vertritt gewalttätige Vorgehen einzelner Gruppen und Personen. Ihr Ziel ist nicht die Verwirklichung von Produktionsinstrumenten, sondern die Befreiung des kapitalistischen Systems.

Die geschichtliche Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist es, der Arbeiterbewegung Inhalt, Richtung und Ziel zu geben und den revolutionären Proletariat in seinem Kampfe für den Sozialismus Führerin und Bannerträgerin zu sein.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist der Überzeugung, daß durch die Zusammenfassung der proletarischen Massen, die sie erreicht, der vollständige und dauernde Sieg des Proletariats beschleunigt und gesichert wird. In diesem Sinne erstreckt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei auch die Schaffung einer revolutionären aktionsfähigen Internationale der Arbeiter aller Länder.

Das Bekenntnis in Wort und Tat zu den Grundföhen und Forderungen dieses Programms ist die Voraussetzung zur Einigung der Arbeiterklasse.

Nur durch die proletarische Revolution kann der Kapitalismus überwunden, der Sozialismus verwirklicht und damit die Befreiung der Arbeiterklasse durchgeföhrt werden.

Die deutsche Verfassung im besetzten Gebiet rechtsgültig. Nach einer Bekanntmachung der französischen Behörden gibt der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen bekannt, daß die alliierten Regierungen die deutsche Verfassung als gültig anerkannt haben.

Als Grundlage für die Menschlichkeit und die Internationale veranlassen die drei großen sozialistischen Verbände Italiens eine große Silzsation für die Wiener Kinder.

Aus der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nr. 40 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenzeitschrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Die Wahrheit auf dem Marsch von A. B. Die Wahrheit auf dem Marsch von A. B.; Die russische Spähing von A. B.; Sozialistische Lehrer von O. Bier; Die Erneuerung der Internationale von H. Adler; Sozialisierungsbewegungen in Norwegen; Aus der Internationale. „Der Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Weitzsche, Berlin W. 15, zum Preise von vierjährlich M. 6,— zu beziehen. Preis der Einzelnummer 60 Pf.

Der Matrosenmord vor Gericht.

Auf der Suche nach einem Sündenbock.

Über Straßburg wurde am heutigen Montag vormittag bis am Sonnabend bereits abgeschlossene Vernehmungen noch einmal aufgenommen, da der ehemalige Inspektor der Kommandantur Dr. Bongarts über die inneren Zusammenhänge, welche zur Abhaltung des Mordanschlags in der französischen Straße führte, nähere Angaben machte, und dabei die Stellung der U.S.P. festig angriff.

Dr. Bongarts führte etwa folgendes aus: Die Angaben des früheren Kommandanten der U.S.P. Müller über das Zusammenkommen des Appells in der französischen Straße können den Tatsachen nicht entsprechen. Herr Müller hat nicht den Befehl gehabt, den Appell in der französischen Straße einzuberufen. Ich vertrat für die Inspektion der Standorte, daß diejenigen Leute, die sich nicht gegen die Regierung erhoben hatten, bis zum 7. März zu lösen seien, und daß ihnen auch noch für die Zeit der festgesetzten Abmündungsfrist für zehn Tage die Wohnung nachgelassen werden müsse. Ich hatte deswegen Verhandlungen mit dem Generalkommando Rüttwig und dem Kriegsministerium aufgenommen. Das Kriegsministerium bestätigte meine Ansicht und bot um einen schriftlichen Antrag in dieser Angelegenheit. Ich weiß nicht mehr, ob vor dem 11. März ein dergleichen Schriftwechsel stattfand. Die Ausgabe der Wohnung sollte jedoch nur auf Veranlassung der Kommandantur stattfinden, damit bei dieser Gelegenheit eine Kontrolle über die von den Reuten zurückgelassenen Kundendienststücke ausgeübt werden könne. Herr Müller war von mir zudem darüber aufgeklärt worden, daß das Generalkommando Rüttwig keine Vernehmungen gar nicht vornehmen konnte.

Die Kommandanten der U.S.P. waren vor dem 11. März auf der Kommandantur und hatten sich dort Anweisungen geholt. Auch Siehan war von mir über die Vorgänge informiert worden. Herr Müller hat nun ausgelegt, daß gegen die U.S.P. von allen Kommandostellen, bis zum Reichswehrministerium herauf, eine Hege betrieben worden sei. Ich weiß nicht daran, daß Herr Müller tatsächlich geglaubt hat, die Wahrheit gesagt zu haben. Aber Herr Müller und die Unterführer müssen stets unter dem Misstrauen gelitten haben, daß sie

keine Offiziere waren,

bei den vorgelegten Befehlen nichts erreichen konnten. Ich stelle hier fest, daß die U.S.P. ebenso wie die U.S.P. stets wie ein rotes Ei behandelt worden sind. Wenn bei anderen Angehörigen der U.S.P. Truppen derartige Sachen vorgekommen wären, wie bei diesen beiden Formationen, so hätte ich keinen Augenblick gegögert, gegen die Führer Strafverfahren zu beantragen. Der Fehler lag freilich nicht an den Führern selbst. Herr Müller war früher Schneider. Er sollte nun plötzlich 16.000 Mann kommandieren und einen verwickelten Verwaltungsapparat leiten. Eine geordnete Verwaltung sollte über den Truppen vollständig sein. Das Kriegsministerium hat sich die größte Mühe gegeben, Reibungen zu vermeiden. Ich habe oft mit dem damaligen Kriegsminister Scheuch und General Owen darüber beraten, wie Reibungen zu vermeiden seien und die bestehende Hochspannung ausgeglichen werden könnte. Reiter hatten wir dabei sehr oft mit tollen Bürokraten zu tun, deren enger Gesichtskreis geplante Maßnahmen verhinderte.

Die Inspektion hatte eine Föhlung mit der U.S.P. Diese Truppe akkordierte sich in drei Teile. Sie bestand erstens aus guten, zuverlässigen Leuten, die aus Mangel an Arbeit dort eingetretten waren und nur das Beste wollten. Zweitens aus einer Gruppe linksradikaler Politiker, die an und für sich idealpolitisch gewesen sein mögen, die sich aber im gegebenen Moment nicht scheuten, gegen die Regierung zu gehen. Drittens bestand die Division aus Verbrechern, die unter dem politischen Mantelchen leblich im Trüben zu fischen beabsichtigten. Dadurch ist die Gewalttätigkeit in die U.S.P. hineingetragen worden. Man legte die Wäpfe auf den Tisch, ehe man sich an den Verhandlungstisch setzte. So ist es vorgekommen, daß Leute der Division den dreifachen Betrag der Röhnung und die dreifache Ausbeutung von mir erpressen wollten. Sie hatten bei mir damit kein Glück und gingen darauf zum Besondere, der sich einschüßtem ließ. Ich muß ausdrücklich betonen, daß die guten Elemente dieses Trüben sehr beurteilen.

Am Tage der Erschießung in der französischen Straße kam Herr Müller zu mir und teilte mir mit, daß fünfzig Matrosen dort ohne jeden Grund zusammen mit den beiden Kommandanten erschossen seien. Diese

ungehörliche Mistdöngel

wollte ich natürlich zunächst nicht glauben. Müller sagte mir so doch, er sei gerade mit der Abfassung eines Protokolls darüber beschäftigt, und ich forderte darauf den Inspektorbeamten Hollmann nach der französischen Straße, um festzustellen, was dort geschehen sei, und um vor allen Dingen die Kommandanten zu rekrutieren und Bücher und Papiere in Sicherheit bringen zu lassen. Hollmann wurde jedoch von den Offizieren sehr kurz abgelehrt. Ein Kriminalbeamter, der sich dort befand, teilte mir mit, daß ein Gutteil der U.S.P. drabstellig war und

daß die beiden Kommandanten aus Rußland kommend Geld bezogen

hätten. Herr Müller ist doch selbst einmal von der U.S.P. bestraft worden? Zeuge: Ja, ich bin mit Müller zusammen in den Marsch geschleppt worden und ich glaube damals, daß ich nicht mehr lebendig herauskommen würde. Aber auch hier waren es die anständigen Elemente, die diesem Treiben obliegen standen. Die anständigen Leute kamen zu mir und brachten mir hinterher Zigaretten, wobei sie erklärten, sie hätten nicht helfen, die Leute seien alle verrückt geworden. Es gab eben in der U.S.P. Heher, die der Truppe den üblichen Charakter aufrückten. Der Heuge schloß dann weiter, daß das Generalkommando Rüttwig für die Wohnungsmessung nicht zuständig gewesen sei. Er habe auch keine Nachricht erhalten, daß am 11. März ein Wohnungsausschuss in der französischen Straße stattfinden sollte. Er würde dem ebenfalls nicht zugehört haben in Anbetracht der Gefahr, die sich in jener Zeit daraus ergeben konnten. Erst durch die Zeugenaussagen habe er erfahren, daß der Appell stattgefunden habe.

Die Verhandlung geht weiter

Neue Preisgestaltung für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Die Forderungen des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft nach Einführung von Premlen für die Ablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sollen jetzt erfüllt werden. Dem Reichsausschuss ist der Entwurf einer Verordnung über die Zahlung von Ablieferungsprämien für Weizen, Roggen, Gerste und Kartoffeln zu Beschlußfassung zugewandten. Danach soll den Landwirten, die einen bestimmten Prozentsatz ihrer Ablieferungsschuldigkeit an Weizen, Roggen und Gerste erfüllen, eine steigende Prämie für jeden abgelieferten Zentner und Kartoffelerzeugern ebenso eine steigende Prämie für jeden über die Hälfte ihres Ablieferungssolls geleisteten Zentner Kartoffeln gewährt werden, wobei die vor dem Inkrafttreten der Verordnung bereits abgelieferten Mengen berücksichtigt werden sollen. Durch diese Prämien erfahren die Preise der genannten Produkte eine Erhöhung.

Wir haben gegen dieses Prämienystem die schärfsten Bedenken. Wir fürchten insbesondere, daß es von den Landwirten zu einem noch schärferen Druck auf die Regierung ausgenutzt wird. Denn wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ mitteilt, steigt sich die Prämie je nach der Höhe der Erfüllung der geschuldeten Verpflichtungen, so daß derjenige, der 100 Prozent seiner Verpflichtungen erfüllt, eine sehr erhebliche Prämie bekommt, die unter Umständen sogar über 50 Prozent des Preises hinausgeht. Durch diese Verbindung des Preiszuschlages mit der Prämie hofft man, die Bereitwilligkeit zur Ablieferung bei den Landwirten zu vermindern. Der Landwirt, der die geföhliche vorgeschriebenen Mengen ganz abliefern, hat viel höhere Preise zu gewärtigen als derjenige, der säumig ist. Die Zwangsvorschriften sollen bestehen bleiben, die denjenigen bedrohen, der die notwendigen Mengen nicht abliefern. Andererseits ist vorgesehen, nachgablung an diejenigen zu leisten, die bisher ihre Mengen zur Ablieferung gebracht haben, da die Zulage nicht zu einer Prämie für die Säumigen werden soll, während diejenigen leer ausgingen, die bisher im Interesse der gesamten Wirtschaft die geföhlichen Bestimmungen innegehalten haben.

Diese Bemerkungen werden wenig an der Tatsache ändern, daß mit diesem Prämienystem eine Schraube ohne Ende geschaffen wird und dauernde Preisverhöhen an der Landwirtung sein werden

Der weiße Terror und die Gentleman in Budapest.

Aus Wien wird uns geschrieben: Der Oberkommandierende der konterrevolutionären magyarischen Armee, Horthy, erklärte jemandem, der ihn über die Gräueltaten und Morde seiner Leute befragte, folgendes: „Es ist selbstverständlich, daß wenn ein Offizier, also ein Gentleman, den Mörder oder Schänder seiner Schwester antreffe, er dem den Schädel einschlägt; würde er anders handeln, so würde ich ihn aus der Armee jagen.“ Dies ist ein offenkundiger Aufmarsch zum Morde; die Weisheitsreden des Horthy und der von ihnen fanatisierte Pöbel machen aus diesem Freibriefe gehörig Gebrauch. Daß sie dieser Ermunterung nicht bedürfen, dafür sprechen die täglich aus Ungarn einlangenden Schamernachrichten. Von diesen täglich sich häufenden Dokumenten der Schande, greifen wir nur folgende heraus:

Während der Kommunistenherzöge wurden in Megyes-puszta, in Komitat Beszprem, einige Bauern wegen gegenrevolutionärer Bestrebungen standrechtlich hingerichtet. Dieser Tage wurden in Papa 24 Kommunisten festgenommen, die angeblich damals Gerichts- und Exekutionsorgane waren. Sie wurden nach Megyes-puszta gebracht, damit sie den Zeugen entgegengesetzt werden, wurden jedoch dort alle erschlagen.

Und dem Manne, der für alle diese und ähnliche Schrecken verantwortlich ist, der sie unter dem Begriff der „Mörder seiner Ehe“ stellt, und seine Mordgesellen ermuntert, ist jetzt von der Entente ganz Ungarn ausgeliefert und diesem Regime der „Christlichen Nächstenliebe“ erteilt die Kirche ihren Segen!

Immer neue Dummheiten. Ein Erlaß des kommandierenden Generals des 6. Armeekorps verbietet dem ehemaligen deutschen Abgeordneten Albert Korfand, jetzt Weirat bei der polnischen Regierung in Warschau, den Aufenthalt in Osterreich.

Das neue polnische Ministerium setzt sich wie folgt zusammen: Paderewski Ministerpräsident und Minister des Äußeren, Bojczkowski Innere Angelegenheiten, General Sosnowski Kriegsminister, Reabaleri Öffentliche Arbeiten, Wujak Ackerbau, Grzegorzewski Justiz, Landsberg Verkehr, Grabzi Finanzien, Drejski Arbeitsministerium, Chranowski Kultur und Unterricht.

Der Personenverkehr mit Polen, der über ein halbes Jahr vollständig gesperrt war, ist am Freitag wieder aufgenommen worden.

